

**GESCHICHTE  
KOMPAKT**

Julia Angster

# Die Bundesrepublik 1963 – 1982

Reform und Krise

**WBG**   
Wissen verbindet

# Geschichte kompakt

Herausgegeben von  
Kai Brodersen, Martin Kintzinger,  
Uwe Puschner, Volker Reinhardt

Herausgeber für den Bereich *19./20. Jahrhundert*:  
Uwe Puschner

Berater für den Bereich *19./20. Jahrhundert*:  
Walter Demel, Merith Niehuss, Hagen Schulze

Julia Angster

# Die Bundesrepublik Deutschland 1963–1982

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.  
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen,  
Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in  
und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2012 by WBG (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt  
Die Herausgabe des Werkes wurde durch  
die Vereinsmitglieder der WBG ermöglicht.  
Redaktion: Kristine Althöhn, Mainz  
Einbandgestaltung: schreiberVIS, Bickenbach  
Satz: Lichtsatz Michael Glaese GmbH, Hemsbach  
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier  
Printed in Germany

**Besuchen Sie uns im Internet: [www.wbg-wissenverbindet.de](http://www.wbg-wissenverbindet.de)**

ISBN 978-3-534-18457-6

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:  
eBook (PDF): 978-3-534-70586-3  
eBook (epub): 978-3-534-70587-0

# Inhaltsverzeichnis

Geschichte kompakt . . . . .	VII
Einführung. . . . .	1
I. Das Ende der Nachkriegszeit . . . . .	5
1. Internationale Rahmenbedingungen . . . . .	6
2. Wirtschaft: Das Goldene Zeitalter . . . . .	13
3. Innenpolitik, Gesellschaft, politische Kultur . . . . .	18
II. Reform und Revolte . . . . .	38
1. Machtwechsel . . . . .	38
2. Ostpolitik . . . . .	50
3. APO und Studentenunruhen . . . . .	59
III. Strukturwandel und Krise . . . . .	71
1. Strukturwandel . . . . .	73
2. Ende des Machbarkeitsglaubens und ‚Zweite Moderne‘ . . . . .	83
IV. Innere und äußere Sicherheit . . . . .	99
1. Die Bedrohung durch die RAF . . . . .	100
2. Der NATO-Doppelbeschluss und das Ende der Entspannung . . . . .	107
3. Die „geistig-moralische Wende“ . . . . .	121
Fazit . . . . .	131
Bibliographie . . . . .	135
Register . . . . .	143

# Geschichte kompakt

*In der Geschichte, wie auch sonst,  
dürfen Ursachen nicht postuliert werden,  
man muss sie suchen. (Marc Bloch)*

Das Interesse an Geschichte wächst in der Gesellschaft unserer Zeit. Historische Themen in Literatur, Ausstellungen und Filmen finden breiten Zuspruch. Immer mehr junge Menschen entschließen sich zu einem Studium der Geschichte, und auch für Erfahrene bietet die Begegnung mit der Geschichte stets vielfältige, neue Anreize. Die Fülle dessen, was wir über die Vergangenheit wissen, wächst allerdings ebenfalls: Neue Entdeckungen kommen hinzu, veränderte Fragestellungen führen zu neuen Interpretationen bereits bekannter Sachverhalte. Geschichte wird heute nicht mehr nur als Ereignisfolge verstanden, Herrschaft und Politik stehen nicht mehr allein im Mittelpunkt, und die Konzentration auf eine Nationalgeschichte ist zugunsten offenerer, vergleichender Perspektiven überwunden.

Interessierte, Lehrende und Lernende fragen deshalb nach verlässlicher Information, die komplexe und komplizierte Inhalte konzentriert, übersichtlich konzipiert und gut lesbar darstellt. Die Bände der Reihe „Geschichte kompakt“ bieten solche Information. Sie stellen Ereignisse und Zusammenhänge der historischen Epochen der Antike, des Mittelalters, der Neuzeit und der Globalgeschichte verständlich und auf dem Kenntnisstand der heutigen Forschung vor. Hauptthemen des universitären Studiums wie der schulischen Oberstufen und zentrale Themenfelder der Wissenschaft zur deutschen und europäischen Geschichte werden in Einzelbänden erschlossen. Beigefügte Erläuterungen, Register sowie Literatur- und Quellenangaben zum Weiterlesen ergänzen den Text. Die Lektüre eines Bandes erlaubt, sich mit dem behandelten Gegenstand umfassend vertraut zu machen. „Geschichte kompakt“ ist daher ebenso für eine erste Begegnung mit dem Thema wie für eine Prüfungsvorbereitung geeignet, als Arbeitsgrundlage für Lehrende und Studierende ebenso wie als anregende Lektüre für historisch Interessierte.

Die Autorinnen und Autoren sind in Forschung und Lehre erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Jeder Band ist, trotz der allen gemeinsamen Absicht, ein abgeschlossenes, eigenständiges Werk. Die Reihe „Geschichte kompakt“ soll durch ihre Einzelbände insgesamt den heutigen Wissensstand zur deutschen und europäischen Geschichte repräsentieren. Sie ist in der thematischen Akzentuierung wie in der Anzahl der Bände nicht festgelegt und wird künftig um weitere Themen der aktuellen historischen Arbeit erweitert werden.

Kai Brodersen  
Martin Kintzinger  
Uwe Puschner  
Volker Reinhardt

## Einführung

Dieser Band bietet einen Überblick über die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von den sechziger bis zu den frühen achtziger Jahren. Die zwei Jahrzehnte waren geprägt von umfassenden politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Wandlungsprozessen, die sich gegenseitig beeinflussten und verstärkten, so sehr, dass man von einer „Umgründung der Republik“ (Manfred Görtemaker) sprechen kann. Dieser Wandel soll hier in seiner ganzen Vielschichtigkeit behandelt werden. Daher wird die Darstellung nicht unterteilt in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft samt Kultur, sondern der Versuch gemacht, die Verflechtungen und fließenden Übergänge zwischen diesen Bereichen auch im Erzählen abzubilden. Wenn in „Kinderläden“ durch „antiautoritäre Erziehung“ die Gesellschaft verbessert werden sollte, wurde das Private politisch; wenn Helmut Schmidt im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses Sicherheit durch Nachrüstung zu erreichen sucht, 300 000 Westdeutsche aber die Bedrohung gerade in diesen Raketen sehen, dann spielen kulturelle Fragen in die Politik hinein, die zu einem Regierungswechsel führen können. Durch dieses Dickicht will dieser Band führen und dabei zugleich die wichtigsten Wegmarken in der westdeutschen Geschichte der sechziger und siebziger Jahre behandeln. Es ist, um das vorweg zu sagen, eine westdeutsche Geschichte, aus westdeutscher Perspektive erzählt, über eine Zeit, in der aus, sagen wir, Mannheimer Sicht Erfurt und Dresden lebensweltlich gesehen weiter weg und weniger vertraut waren als Boston oder San Francisco. Nicht zuletzt deswegen mühte sich die Bundesregierung um eine Normalisierung der deutsch-deutschen Beziehungen, pragmatisch und konkret, durch Reisemöglichkeiten und überhaupt durch die Möglichkeit von Kontakten und Beziehungen, die schon fast abgestorben waren – ein in der westdeutschen Gesellschaft wie Politik hochgradig umstrittenes Unterfangen. Näher lagen damals die westlichen und transatlantischen Nachbarn, deren politischer, wirtschaftlicher und kultureller Einfluss seit den fünfziger Jahren spürbar war. Überhaupt spielt sich die westdeutsche Geschichte natürlich vor dem Hintergrund der internationalen Entwicklung ab: Die amerikanische Sicherheitsgarantie und der atomare „Schutzschirm“ ermöglichten erst die Konzentration auf innere Reformen; die Entspannung im Kalten Krieg und ihr Ende, das Wechselspiel von Abrüstung und Nachrüstung, die europäische Integration und Erweiterung, die wachsende Akzeptanz und Bedeutung Bonns auf dem internationalen Parkett, nicht zuletzt durch die Aufnahme in die UNO 1973, aber auch die internationale wirtschaftliche Verflechtung und die ideellen Einflüsse aus anderen Ländern – all dies bildet den Rahmen, in dem die westdeutsche – und gesamtdeutsche – Geschichte der sechziger und siebziger Jahre überhaupt erst verständlich wird.

Die prägenden Schlagworte jener Jahre waren ‚Reform‘ und ‚Krise‘. Reform – als gewünschte, geplante, durch bewusstes Handeln herbeigeführte Veränderung der Verhältnisse – und Krise – als ereignishafter, von ‚außen‘ kommender Umschwung, auf den man reagieren musste, eine tatsächliche oder befürchtete Bedrohung des Bestehenden, die das Handeln erzwang,

um die Verschlechterung der Lage abzuwenden – diese beiden Formen des Wandels dominierten nacheinander die Wahrnehmung der Westdeutschen. Die Phase von den frühen sechziger bis in die frühen siebziger Jahre war von einer enormen Reformhoffnung geprägt, sowohl von einer gesellschaftlichen Aufbruchstimmung als auch von einer politisch-legislativen Reformwelle seit Beginn der Großen Koalition von 1966 bis 1969. Anfang der siebziger Jahre setzte jedoch erneut – oder auch in logischer Fortentwicklung – ein Wandel ein, der diesmal als krisenhaft und als Verlust von Planungs- und Zukunftssicherheit erlebt wurde. Die beiden Ölpreiskrisen der Jahre 1973 und 1979 läuteten im gesamten Westen das endgültige Ende des Nachkriegs-Booms ein: Die Phase stetigen und auch für die Zukunft sicher geglaubten Wirtschaftswachstums war vorüber. Nicht nur in der Bundesrepublik kam es zum Niedergang industriegesellschaftlicher Strukturen; die neue Welt der „postindustriellen Gesellschaft“ (Daniel Bell), der Dienstleistungsgesellschaft und der Computerindustrie erschien allmählich am Horizont.

Eine wichtige ideelle Form des Wandels in den siebziger Jahren ging der Wirtschaftskrise sogar voraus: Es kam zu einer tiefen Modernisierungskepsis, einer wachsenden Angst vor den Folgen der Moderne, insbesondere des Ressourcenverbrauchs wie der Umweltzerstörung, die das Wirtschaftswachstum mit sich bringt und vor denen der Club of Rome in seiner Studie „Grenzen des Wachstums“ schon 1972 warnte. Die Reformeuphorie und der Machbarkeitsglauben, auch der Regierungen, verloren sich. An ihre Stelle trat ein weitverbreitetes Krisenempfinden, der Eindruck, in einer „Risikogesellschaft“ zu leben (Ulrich Beck), das die achtziger Jahre über anhalten sollte und erst mit dem Ende des Kalten Krieges überlagert wurde von Aufbruchstimmung, aber auch von einer großen Verunsicherung und der Suche nach neuen ideellen und weltpolitischen Parametern, die Sicherheit bieten sollten. Eckart Conzes These, die „Suche nach Sicherheit“ sei ein zentrales Leitmotiv der bundesrepublikanischen Geschichte gewesen, trifft es genau. Die siebziger Jahre waren jedoch keineswegs nur von Erscheinungen des Niedergangs geprägt, auch wenn sie den Zeitgenossen zum Teil so erschienen sein mögen: Es war ein tief greifender Strukturwandel, begleitet von einem Prozess des Umdenkens, in wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Fragen, der die unmittelbare Vorgeschichte unserer Gegenwart darstellt. Die Begriffe und Konzepte, die damals neu entstanden sind, prägen bis heute die Sicht auf unsere Gesellschaft.

Um besser verständlich zu machen, wie der Band strukturiert und die Erzählperspektive zustande gekommen ist, wird im Folgenden kurz ein Blick auf den Hintergrund der Forschungsdebatten in der Zeitgeschichtsschreibung geworfen. Dies ist sowohl den Zeithistorikern geschuldet, deren Arbeit hinter dieser Zusammenfassung steht, als auch den Lesern, zu deren Orientierung in diesem Themenfeld der Überblick dienen soll. Die Erzählperspektive wird durch zwei Leitfragen strukturiert: erstens die Frage nach den inneren und äußeren Faktoren, die die Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft beeinflusst haben, und zweitens jene nach dem Zäsurcharakter der Jahre um 1970. Die Frage nach der Bedeutung internationaler und transnationaler, also aus anderen Ländern und Gesellschaften kommender Einflüsse auf die westdeutsche Geschichte bezieht sich auf den äußeren Kontext, in dem die Geschichte der Bundesrepublik steht, und damit auf die räumliche

Perspektive. Denn wenn beispielsweise vom Strukturwandel in den westlichen Industriegesellschaften die Rede ist, wird rasch klar, dass die Entwicklungen in der Bundesrepublik der sechziger und siebziger Jahre nicht ohne den Blick über die Grenzen hinaus verständlich wird. Sind es jeweils lokale Ausformungen gesamtwestlicher oder westeuropäischer Entwicklungen, oder sind es inner-westdeutsche Phänomene? Die studentische Protestbewegung, der wirtschaftliche Strukturwandel oder die wachsende Modernisierungsskepsis sind zweifellos Vorgänge, die nur in einem größeren, transnationalen Kontext zu verstehen sind. Anderes aber ist nur aus dem innerdeutschen Kontext zu erklären, wie der sich wandelnde Umgang mit der NS-Vergangenheit, die Neue Ostpolitik und ihre Gegner, oder die spezifischen Anliegen der hiesigen „68er“. Aber gerade um diese westdeutschen Besonderheiten in den Blick zu bekommen, lohnt es sich, auch die transnationale Perspektive zu wählen.

Zum Zweiten stellt sich die Frage nach der zeitlichen Einordnung der Jahre um 1970 in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und auch in die Geschichte des 20. Jahrhunderts insgesamt. Neuere zeithistorische Arbeiten zur Bundesrepublik haben wiederholt die Frage nach dem Zäsurcharakter der siebziger Jahre aufgeworfen und nach der Reichweite dieser Zäsur: Endet hier die westdeutsche Nachkriegszeit, die Phase des „Booms“, des „Goldenen Zeitalters“, das um 1948 begonnen und unerhörten Wohlstand und ungetrübte Zukunftsperspektiven mit sich gebracht hatte? War also der wirtschaftliche Einschnitt um 1973/74 eine „Renormalisierung“, die auch soziokulturell nur die Anomalie der Boomjahre zurückschnitt? Immerhin blieb das politische System unverändert, und der „Machtwechsel“ zwischen den politischen Lagern bewies ja gerade dessen verlässliches Funktionieren. Oder sollte man die Bedeutung dieser Zäsur weiter fassen und in den siebziger Jahren einen „Strukturbruch“ sehen, der das Ende der Hochmoderne, der Industriemoderne einläutete, wie es die These von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael ist? Diese Epoche habe, so argumentieren zum Beispiel Ulrich Herbert oder Charles S. Maier, vom letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, von etwa 1870 oder 1890 bis in die 1970er angedauert und sei unter anderem gekennzeichnet gewesen durch die Entfaltung der Industriegesellschaft, die Ausbildung des modernen bürokratischen Staates, ein wissenschaftlich-rationales Weltbild, den Glauben an Wirtschaftswachstum als Lösungsansatz für soziale Probleme und die Suche nach neuen, universal gültigen Gesellschaftsentwürfen. Ihr Ende spiele sich in den Umbrüchen und Verunsicherungen der Jahre nach 1970 ab. Dieser Bruch habe jedoch nicht abrupt, zu einem bestimmten Datum stattgefunden, sondern stelle eher eine „weiche Zäsur“ dar (Konrad Jarausch), einen Wandel auf vielerlei Ebenen, der zeitversetzt stattgefunden habe, aber in einem gemeinsamen Zusammenhang zu sehen sei. So gesehen endet in den Jahren um 1970 deutlich mehr als die westdeutsche Nachkriegszeit. Ulrich Beck spricht in diesem Zusammenhang vom Beginn der „Zweiten Moderne“ oder der „Postmoderne“. An die Stelle des Fortschrittsglaubens, des Vertrauens in Wirtschaftswachstum, Technik und wissenschaftliche Rationalität seien andere Werte und Ordnungsvorstellungen getreten, die noch immer unsere Gegenwart prägen. Sicherlich nimmt vieles, was uns heute beschäftigt oder gar selbstverständlich geworden ist – das Nachdenken über Umwelt, Klima und

Nachhaltigkeit, oder das Internet und die globale Vernetzung und Mobilität, aber auch die Sorge um die Leistungsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme – hier seinen Ausgangspunkt.

Diese Sichtweise macht auf zwei verschiedene Möglichkeiten aufmerksam, deutsche Zeitgeschichte zu schreiben: Man kann sie als „problemlösende“ oder „problemgenerierende“ Zeitgeschichte schreiben, wie es Hans-Günther Hockerts formuliert hat. Die Historiker haben sich lange Zeit mit der Frage beschäftigt, wie aus der von Nationalsozialismus und Vernichtungskrieg geprägten und in weiten Teilen vehement antidemokratischen deutschen Gesellschaft ein „halbwegs normales westliches Land“ (Jürgen Habermas) werden konnte, und haben das Wunder der Demokratisierung, Liberalisierung und Westernisierung dieser Gesellschaft untersucht, das ja noch um einiges erstaunlicher ist als das „Wirtschaftswunder“. Seit einiger Zeit treten aber Forschungsthemen in den Vordergrund, die nach den historischen Ursachen unserer heutigen Probleme und Schwierigkeiten oder auch nur unserer Alltäglichkeiten fragen. Ein gutes Beispiel hierfür sind die sozialen Sicherungssysteme, deren breites Aufgabenspektrum aus den Jahren des Booms stammt, als ihnen auch gesellschaftspolitische Aufgaben zugesprochen wurden, die in den Zeiten stetigen Wirtschaftswachstums und des Glaubens an die Planbarkeit und Machbarkeit von Gesellschaften wichtig und ohne Weiteres finanzierbar erschienen, die heute aber nur noch mit Mühe zu bewältigen sind.

Meine Position, die sich in diesem Band widerspiegelt, liegt, und da ist sie ihrem Gegenstand nicht unähnlich, in einer gewissen Ambivalenz: Dieser Abschnitt der deutschen Geschichte lässt sich tatsächlich als Ende der westdeutschen Nachkriegszeit und als Ende des westeuropäischen „Goldenen Zeitalters“ interpretieren. Zugleich bin ich aber davon überzeugt, dass hier auch ein längerer Epochenrahmen endet, der sich als Hochmoderne oder als Zeitalter der klassischen Industriegesellschaft bezeichnen lässt. Auch ich sehe hier also einen längerfristigen Strukturwandel am Werk, der noch immer nicht abgeschlossen ist. Das Verwirrende an dieser Sichtweise ist natürlich, dass sich um 1970 viele zentrale Dinge, wie das politische System, gar nicht oder nur wenig ändern. Kontinuität und Wandel laufen hier parallel. Für die Westdeutschen und nicht zuletzt für ihre Nachbarn mag die endgültige Abkehr von Traditionen des Kaiserreichs und des Nationalsozialismus die bedeutendere Entwicklung gewesen sein. Blickt man aber auf den gesamten Westen – und auch auf den „Ostblock“ und seine Nachfolgestaaten – dann ist die sozioökonomische Zäsur des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts insgesamt wohl die Entwicklung mit der größeren Reichweite.

# I. Das Ende der Nachkriegszeit

10.11.1958	Beginn der zweiten Berlin-Krise (bis 1961)
28.04.–29.08.1959	Ulmer Einsatzgruppenprozess
13.–15.11.1959	Godesberger Programm der SPD
1961	In der Bundesrepublik Deutschland kommt die Pille auf den Markt
1961	Beginn der Nutzung von Kernenergie in der Bundesrepublik
1961	Beginn der Anwerbung türkischer Gastarbeiter
11.04.–15.12.1961	Eichmann-Prozess
13.08.1961	Mauerbau
16.–28.10.1962	Kuba-Krise
26./27.10.1962	Spiegel-Affäre
16.10.1963	Ludwig Erhard löst Konrad Adenauer als Bundeskanzler ab
05.08.1963	Moskauer Atomteststopp-Abkommen (Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser)
1963–68	Auschwitz-Prozesse (1. Auschwitzprozess 1963–65, 2. Auschwitzprozess 1965/66 und 3. Auschwitzprozess 1967/68, weitere Prozesse folgten in den siebziger Jahren.)
1966/67	Erste Nachkriegsrezession
20.07.1969	Mondlandung
1971	Erster Mikroprozessor
26.05.1972	SALT I-Vertrag (Strategic Arms Limitation Talks: Gespräche über die Rüstungsbegrenzung bei Interkontinentalraketen)
01.08.1975	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE): Schlussakte von Helsinki

Zwischen Anfang und Mitte der sechziger Jahre ging in beiden deutschen Staaten die Nachkriegszeit zu Ende. Der Bau der Berliner Mauer 1961 hatte aus dem Provisorium, als das die Bundesrepublik Deutschland von ihren Gründungsvätern gedacht war, eine dauerhafte Einrichtung gemacht. Die politische und militärische Westbindung war abgeschlossen, die europäische Integration der deutschen Wirtschaft gelungen, und das Gemeinwesen Bundesrepublik hatte sich auf der Basis liberaldemokratischer Grundwerte zu einer stabilen parlamentarischen Demokratie entwickelt. Gerade deswegen begann es in der westdeutschen Gesellschaft zu gären. Eine neue Generation war herangewachsen, die eben diese Werte ernst nahm und ihre Geltung auch im gesellschaftlichen Bereich einzufordern begann. Der bleierne Konformitätsdruck, der in der Hochphase des Antikommunismus und des Wiederaufbaus in Familien, Schule, Kirchen und Bundeswehr geherrscht hatte, wurde nicht mehr einfach hingenommen. Studenten begannen nach der NS-Vergangenheit ihrer Eltern und Professoren zu fragen. Eine neue Form der öf-

fentlichen Auseinandersetzung um ganz grundlegende Fragen bahnte sich an, aus der innerhalb weniger Jahre eine breite Protestbewegung erwachsen sollte, aber auch eine umfassende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Reformpolitik seitens der Bundesregierung, die die Grundfesten der Republik wenn nicht erschütterten, so doch um ein paar Meter versetzten.

Auch in der DDR änderte sich im Lauf der sechziger und siebziger Jahre das innere Klima. Die Mauer hatte den Flüchtlingsstrom – der vor allem aus jungen und gut ausgebildeten Menschen bestanden hatte – mit Gewalt gestoppt und damit zumindest die schiere Existenz des ostdeutschen Staates gesichert. Nun wurden wirtschaftliche Reformen im Rahmen der Planwirtschaft ausprobiert, und es gab eine Phase der gesellschaftlichen Liberalisierung im Umfeld des Stabwechsels von Ulbricht zu Honecker.

Dieser innenpolitische und gesellschaftliche Wandel in beiden deutschen Staaten fand vor dem Hintergrund eines internationalen Tauwetters statt. Denn auch auf der Ebene der internationalen Beziehungen kam es Anfang der sechziger Jahre zu einem Wandel. Die erste Hochphase des Kalten Krieges, der erbitterten Konfrontation zwischen den atomaren Supermächten USA und UdSSR und ihrer jeweiligen ‚Blöcke‘ ging zu Ende. Das Zeitalter der ‚Entspannung‘ begann.

### 1. Internationale Rahmenbedingungen

Der Ost-West-Konflikt stellte den grundlegenden Rahmen der westdeutschen Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik dar. Das geteilte Deutschland war mehr noch als andere Staaten von den Entwicklungen des Kalten Krieges, von den Beziehungen der beiden Supermächte abhängig. Dabei befand sich die Bundesrepublik in einer widersprüchlichen Interessenlage: Das im Grundgesetz festgeschriebene Ziel der deutschen Wiedervereinigung musste unter den Vorzeichen des Kalten Krieges mit dem sicherheitspolitischen Ziel der stabilen Westintegration des Landes ausbalanciert werden. Nationale Einheit war nur um den Preis einer Neutralisierung oder gar einer Annäherung an den Ostblock zu haben und hieß, den Verlust an bürgerlichen Freiheiten und nationaler Sicherheit zu riskieren. Die Regierung Adenauer hatte sich dezidiert für die Westbindung entschieden, als den besten und einzig sicheren Weg zu einer Wiedervereinigung und zu Frieden *und* Freiheit. Langfristig, so die Hoffnung, würde dann das ganze Deutschland unter diesen westlichen Bedingungen leben können. Das westliche Modell, so die als „Magnet-Theorie“ bezeichnete Auffassung, würde für sich selbst sprechen und große Anziehungskraft auf die Bevölkerung der DDR ausüben.



**Kurt Schumacher formuliert 1947 als Erster öffentlich die „Magnet-Theorie“**

aus: Werner Abelshäuser: Zur Entstehung der „Magnet-Theorie“ in der Deutschlandpolitik. Ein Bericht von Hans Schlange-Schöninggen über einen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 27. Oktober 1979, S. 661–679, hier S. 661.

Man muß soziale und ökonomische Tatsachen schaffen, die das Übergewicht der drei Westzonen über die Ostzone deklarieren ... Die Prosperität der Westzonen, die sich auf der Grundlage der Konzentrierung der bizonalen Wirtschaftspolitik erreichen läßt, kann den Westen zum ökonomischen Magneten machen. Es ist realpolitisch vom deutschen Gesichtspunkt aus kein anderer Weg zur Erringung der deutschen Einheit möglich als diese ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark ausüben muß, daß auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist. Es ist gewiß ein schwerer und vermutlich langer Weg.

Den Schutz der westdeutschen Unabhängigkeit und der liberalen Demokratie in der Bundesrepublik konnten nur die Westmächte, vor allem die USA als Hegemon und führende Atommacht im westlichen Bündnis garantieren. Wie sehr man von dieser amerikanischen Garantie abhängig war, wurde gerade im Zeitalter der Entspannung, des Tauwetters zwischen den Supermächten, deutlich.

Schon seit den späten fünfziger Jahren mehrten sich die Anzeichen, dass die „heiße Phase“ des Kalten Krieges allmählich zu Ende ging. Seit 1958 hatte die Sowjetunion unter der Führung Nikita Chruschtschows (1894–1971) versucht, den politischen Status quo in Deutschland zu revidieren: Die wesentlichen Ärgernisse waren die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik, die Unabhängigkeit West-Berlins und die Weigerung der Bundesregierung, die DDR anzuerkennen. Die Berlin-Krise von 1958/59, der Mauerbau im August 1961 und die Kuba-Krise im Herbst 1962 lassen sich daher in einem Zusammenhang sehen, als Versuch der Sowjetunion, die europäische Nachkriegsregelung und das Kräfteverhältnis der Supermächte noch einmal neu zu regeln. Deutschlandpolitisch waren diese Versuche gescheitert: Die Westalliierten hielten an ihrer Garantie für West-Berlin fest, die DDR wurde nicht anerkannt und die Bundesrepublik blieb fest in der NATO verankert. Allerdings änderten sich dennoch die Grundlagen der Ost-West-Beziehungen spürbar, und damit auch des deutsch-deutschen Verhältnisses. Denn nun war offensichtlich geworden, dass der Westen zwar den Status quo zu garantieren bereit war – aber umgekehrt auch keinerlei Interesse daran hatte, ihn, etwa im Interesse der Bundesrepublik, zu verändern und dafür einen Krieg mit der Sowjetunion zu riskieren. Im Gegenteil führte das Ende dieser Krisenfolge zu einer Verfestigung des Status quo, auf dessen Basis ein erneutes Interesse der Supermächte an Abrüstung und Entspannung aufkeimte. Die ersten Versuche Mitte der fünfziger Jahre waren gescheitert, aber Anfang der sechziger Jahre waren die Ausgangsbedingungen andere. Das lag nicht nur an der deutschlandpolitischen Entwicklung, sondern an der Erfahrung, die beide Seiten in der **Kuba-Krise** vom Oktober 1962 miteinander gemacht hatten und die zu einem politischen und strategischen Umdenken der nuklearen Supermächte führte.

Entspannung

#### **Kuba-Krise**

Amerikanische Aufklärungsflugzeuge hatten auf Kuba, vor der Haustüre der USA, sowjetische Raketensilos und Abschussrampen für Mittelstreckenraketen entdeckt, die Ziele fast überall in den USA würden erreichen können, sobald sie mit atomaren Gefechtsköpfen bestückt wären. Kuba hatte sich 1959 in einer Revolu-

E

tion des von den USA unterstützten Diktators Fulgenzio Batista (1901–1973) entledigt und sich unter der Führung Fidel Castros (\*1927) 1960 wirtschaftlich – und nun ganz offensichtlich auch militärisch – mit der Sowjetunion verbündet. Im Pentagon und im Weißen Haus wurde dies als aggressiver Akt und ganz unmittelbare Bedrohung der Sicherheit des Landes wahrgenommen und Pläne für eine Invasion oder eine Bombardierung der Raketenstützpunkte wurden erwogen. Die Entscheidung fiel schließlich für eine Seeblockade, um die Anlieferung der Gefechtsköpfe, die bereits auf sowjetischen Schiffen unterwegs nach Kuba waren, zu verhindern, ohne dabei die kubanische Bevölkerung einem Bombardement auszusetzen. Die folgenden 13 Tage waren wohl die kritischsten im Verlauf des Kalten Krieges. Der damalige amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara (1916–2009) sollte später erklären, es sei nichts als Glück gewesen, dass es nicht zum Atomkrieg gekommen sei: „We lucked out!“ Neben dem Glück verdankt die Welt ihre Rettung aber auch der Tatsache, dass beide Seiten, als es darauf ankam, nicht bereit waren, ihre militärischen Drohungen wahrzumachen, sondern auf Verhandlungen setzten. Chruschtschow hatte als Gegenleistung für den Verzicht auf eine Raketenstationierung auf Kuba den Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen aus der Türkei gefordert, die aus Sicht des Kreml eben auch eine aggressive Bedrohung sowjetischen Territoriums darstellten. Die Krise wurde schließlich beigelegt, indem Chruschtschow dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy (1917–1963) in Geheimverhandlungen zugestand, den Abzug aus der Türkei in deutlichem zeitlichen Abstand vorzunehmen und damit vor der eigenen Öffentlichkeit das Gesicht zu wahren und als derjenige dazustehen, der nicht nachgegeben habe.

Der Schrecken dieser akuten Krise und die Erfahrung, dass Verhandlungen möglich waren, führten unmittelbar danach zur Einrichtung einer ständigen Kommunikationsverbindung zwischen Washington und dem Kreml, dem sogenannten heißen Draht, und in Form des Atomteststoppabkommens von 1963 sehr rasch auch zu einer ersten konkreten Absprache zwischen den Supermächten. Damit war das Zeitalter der Entspannung eingeläutet, das bis 1979 dauern sollte – eine Zeit der Gesprächsbereitschaft zwischen Ost und West, die von manchen Autoren auch als Ende des ersten Kalten Krieges bezeichnet wird. Da man den Gegner ganz offensichtlich nicht durch nukleares Drohpotenzial überwinden konnte, musste man sich mit ihm arrangieren, einen Modus Vivendi finden: Man müsse, so Kennedy, sich „mit der Welt befassen, wie sie ist“. Der französische Präsident Charles de Gaulle (1890–1970) formulierte die Hoffnung der Europäer auf „détente – entente – coopération“: Es gehe darum, nicht nur das Wettrüsten zu beenden, sondern tragfähige Beziehungen zwischen Ost und West zu entwickeln. Am klarsten hat John F. Kennedy (1917–1963) die Notwendigkeit zu einem Umdenken formuliert. Er entwarf eine „Strategie des Friedens“, die zu gegenseitiger Toleranz führen und somit den Weltfrieden sichern sollte. Kennedy betonte die Bedeutung einer pragmatischen Haltung gegenüber der Sowjetunion und empfahl den Amerikanern, nicht auf einen idealen Weltfrieden zu den eigenen Bedingungen zu warten, sondern sich stattdessen auf einen „praktischen, erreichbaren Frieden“ zu konzentrieren, bei dem man Streitigkeiten und Meinungsverschiedenheiten als Normalfall akzeptiert und toleriert. Friede sei ein Prozess, ein Weg, Probleme zu lösen, nicht aber der Zustand, der sich erst einstellt, wenn es keine Probleme mehr gibt. Diese neue amerikanische Strategie, die auf einen Modus Vivendi mit der Sowjetunion ab-

zielte und den Beginn einer zwei Jahrzehnte dauernden Phase der Entspannung zwischen den Supermächten markierte, hatte ganz grundlegende Auswirkungen auf die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Diese lag schließlich an der Nahtstelle zwischen Ost und West, an der unmittelbaren Frontlinie des Kalten Krieges, und wäre in einem Atomkrieg der Supermächte das zentrale Schlachtfeld gewesen. Die Frage der deutschen Sicherheit und der deutschen Einheit hingen ganz wesentlich mit dem Kalten Krieg zusammen. Aber auch in gesellschaftlicher und kultureller Hinsicht sollte sich dieses weltpolitische Tauwetter auf die Westdeutschen auswirken: Im Windschatten der nun beginnenden Entspannung konnte sich ein Prozess der gesellschaftlichen Liberalisierung und auch eine Pluralisierung der Meinungen und Lebensentwürfe entfalten, der in den Zeiten der scharfen Blockkonfrontation und der scharfen innenpolitischen Gegnerschaften so nicht denkbar gewesen wäre. Das Klima änderte sich seit Anfang der sechziger Jahre, und mit ihm die Hoffnungen und Erwartungen und auch das Selbstbild der Westdeutschen.

**John F. Kennedy: Rede an der American University, Washington D.C., 10. Juni 1963**

aus: Ernst-Otto Czempel/Carl-Christoph Schweitzer: Weltpolitik der USA nach 1945, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1987, S. 277f.

Ein totaler Krieg ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem Großmächte umfassende und verhältnismäßig unverwundbare Atomstreitkräfte unterhalten können und sich weigern, zu kapitulieren, ohne vorher auf diese Streitkräfte zurückgegriffen zu haben. Er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem eine einzige Atomwaffe fast das Zehnfache an Sprengkraft aller Bomben aufweist, die von den gesamten alliierten Luftstreitkräften während des Zweiten Weltkrieges abgeworfen wurden. Und er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem die bei einem Atomkrieg freigesetzten tödlichen Giftstoffe von Wind und Wasser, Boden und Saaten bis in die entferntesten Winkel des Erdballs getragen und sich selbst auf die noch ungeborenen Generationen auswirken würden. Es ist heute, wenn der Friede gewahrt werden soll, unerlässlich, jedes Jahr Milliarden von Dollar für Waffen auszuwerfen, die lediglich zu dem Zweck geschaffen werden, sicherzustellen, daß wir sie niemals einzusetzen brauchen. Aber zweifellos ist die Anlage solcher unnützen Arsenale, die nur der Vernichtung und niemals dem Aufbau dienen können, nicht der einzige, geschweige denn der wirksamste Weg zur Gewährleistung des Friedens ...

Für diesen Frieden gibt es keinen einfachen Schlüssel, keine großartige oder magische Formel, die sich eine oder zwei Mächte aneignen könnten. Der echte Friede muß das Produkt vieler Nationen sein, die Summe vieler Maßnahmen. Er muß dynamisch, nicht statisch sein, er muß flexibel sein, um den großen Aufgaben einer jeden Generation zu entsprechen. Denn der Friede ist ein Prozeß – ein Weg, Probleme zu lösen ...

Lassen Sie uns ... unsere Haltung gegenüber der Sowjetunion überprüfen ... Keine Regierung und kein Gesellschaftssystem sind so schlecht, daß man das unter ihm lebende Volk als bar jeder Tugend ansehen kann. Wir Amerikaner empfinden den Kommunismus als Verneinung der persönlichen Freiheit und Würde im tiefsten abstoßend. Dennoch können wir das russische Volk wegen vieler seiner Leistungen – sei es in der Wissenschaft und Raumfahrt, in der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung, in der Kultur und in seiner mutigen Haltung – rühmen ...

Wir sind beide in einem unheilvollen und gefährlichen Kreislauf gefangen, in dem Argwohn auf der einen Seite Argwohn auf der anderen auslöst und in dem neue

